

Islamdemokratie?

Im Jahr 2011 wurde vielleicht durch Unruhen und Umstürze im Nahen Osten eine neue Etappe eingeleitet. Autoritären Herrschern in Ländern mit Islamhintergrund tritt das Volk gegenüber und fordert seine Rechte ein. In Tunesien und Ägypten stürzten die Autokraten, die rebellierenden Volksmassen hatten jedoch keine wahrnehmbaren Führer, keine erkennbare Struktur, kein definitives Programm. Wenn man den Medien glauben darf, lief die Organisierung der Aufstände über das Internet, ein Aspekt, der historisch neu ist, ein Aspekt, der zeigt, dass Meinungsfreiheit mit den bisher üblichen Methoden nicht mehr unterdrückbar ist. Plakate, Zeitungen, Flugblätter können von einer autoritären Staatsgewalt niedergehalten und die Produzenten verfolgt werden. Internet, Facebook, SMS ist auf diese Weise nicht mehr bekämpfbar.

Allerdings ist die Frage, die sich aktuell zu den Geschehnissen im Nahen Osten stellt, vor allem die Frage, wie weit und wie stark die Umstürze vom politischen Islamismus beeinflusst werden und wie weit und wie stark der Islam als Ideologie dabei mitwirkt und welche der islamischen Strömungen sich innerhalb dieser Veränderungen als die wesentliche etablieren wird. Im PROFIL¹ verstieg man sich gar zur Behauptung, nicht die Unzufriedenen in diesen Ländern, sondern dezidiert die Muslime in arabischen Staaten strebten nunmehr nach westlicher Demokratie.

Eine weitere Meldung² dieser Tage passt dazu: "Der Premierminister von Malaysia, Najib Razak, und der stellvertretende Premierminister der Türkei, Ali Babacan, die Führer von zwei der weltweit größten Demokratien mit muslimischer Mehrheit, treffen am Mittwoch, den 23. Februar, mit führenden Persönlichkeiten aus den Bereichen Religion, Business und Jugend in einem öffentlichen Aufruf zur Erhebung und Anerkennung des gemäßigten Islams zusammen. Die Forderungen, nach denen sich der gemäßigte Islam gegen Extremismus aussprechen und die muslimische Welt politische und wirtschaftliche Reformen begrüßen sollte, erfolgen zu einem Zeitpunkt, an dem die Ereignisse in Ägypten und Tunesien deutlich machen, welche Probleme es nach sich zieht, wenn die Bedürfnisse der Menschen nicht berücksichtigt werden. Die derzeitigen Ereignisse bieten die Möglichkeit zur Verankerung einer sozial und wirtschaftlich progressiven Agenda."

Wozu sich die Frage stellt: Sind Islam und (westliche) Demokratie kompatibel? Oder gibt es eine islamische Spielart der Demokratie? Dazu hier ein Text³ eines gläubigen Muslims, der einen entsprechenden Vergleich ausgearbeitet hat. Was nicht drinnensteht, habe ich - wie von den Besuchern dieser Site ja in Bezug auf christliche Texte schon gewohnt - in atheistischen Anmerkungen eingefügt. Leider ist das Ganze wieder einmal recht lang und unübersichtlich geworden - aber es wird ja niemand zum Lesen gezwungen und ich hab's zwanglos geschrieben.

Asim Bojadz - Islam und Demokratie - eine Gegenüberstellung

Die Diskussion der Frage nach Vereinbarkeit zwischen Islam und Demokratie ist in letzten Jahren ein vieldiskutiertes Thema geworden. Die Ursachen dafür sehe ich einerseits im stetigen Anstieg der Staatsbürger islamischen Glaubensbekenntnisses in verschiedenen europäischen Ländern, andererseits in der Bewährung der Demokratie als Regierungssystem seit der Entstehung der Verfassung der Vereinigten Staaten Amerikas von 1787, somit seit mehr als 220 Jahren. **Vorab sollten wir, um Spekulationen und Verwirrungen vorzubeugen, uns darauf festlegen, was die Begriffe „Demokratie“ und „Islam“ bedeuten.**

Der Islam als eine Offenbarungsreligion, verkündet vor ca. 1430 Jahren, bestimmt eine umfassende Lebensordnung des Menschen sowohl im Bezug auf das Jenseits als auch auf das Diesseits und umfasst somit mit seinen Regelungen einen viel größeren Anwendungsbereich als die Demokratie. Daher hinkt ein wenig der Vergleich zwischen Islam und Demokratie, da diese vor allem ein bestimmtes Regierungssystem ist. Auf der anderen Seite beanspruchen, sowohl der Islam als auch die Demokratie für sich, das richtige System für das zwischenmenschliche Zusammenleben zu verkörpern. Daher wollen wir versuchen die gemeinsamen Regelungsbereiche miteinander zu vergleichen.

Den Werdegang der heutigen Demokratie in ihren verschiedenen Ausprägungen kennen die meisten; bei Unkenntnis empfehle ich das Buch von Prof. Luciano Canfora (Eine kurze Geschichte der Demokratie: Von Athen bis zur Europäischen Union).

Demokratie ist eine Regierungsform zu deren unerlässlichen Bestandteilen: freie Wahlen, Menschenrechte, Gewaltenteilung und ein vorausbestimmtes Handeln „das Rechtsstaatsprinzip“ gehören. Der Anteil der tatsächlichen Mitbestimmung des Einzelnen variiert dabei zwischen den verschiedenen Demokratieformen beträchtlich. Von der direkten Demokratie - die in keinem Staat der Welt in ihrer reinen Form umgesetzt ist - bis zu der Räte-demokratie, in der Repräsentanten das Volk vertreten, haben sich verschiedene Regierungsformen etabliert. Darüber hinaus lassen sich auch in der Frage der Menschenrechte fundamentale Wertungsunterschiede finden. So ist einerseits in vielen Staaten der USA die Todesstrafe eine Selbstverständlichkeit, andererseits ist in Europa das menschliche Leben, als eines der Fundamente der Menschenrechte und somit auch der Demokratie, absolut geschützt. Auf den Punkt gebracht; Demokratie ist nicht gleich Demokratie und zwar auch dann nicht wenn man heute nur den Westen im Auge behält.

¹ Nr. 8/2011 vom 20.2., Seite 58

² ad-hoc-news.de am 16.2.2011

³ <http://www.derfriede.at/thema-des-monats/21-islam-und-demokratie-eine-gegenueberstellung>

Es soll hier nicht unerwähnt bleiben, dass die Idee der Demokratie seit Aristoteles großen Umwälzungen, unterschiedlichen Inhalt und verschiedene rechtstheoretische Begründungen hatte.

Unerlässliche Bestandteile der Demokratie nach gegenwärtigem Verständnis sind: freie Wahlen, Menschenrechte in einer bestimmten Ausprägung, Gewaltenteilung und das Rechtsstaatsprinzip.

Der Islam ist seit seiner göttlichen Offenbarung in seinen Prinzipien absolut und in seinen Vorschriften weitestgehend unverändert geblieben; Trotzdem möchten wir einen Vergleich starten.

Der grundlegende Unterschied zwischen Islam und Demokratie ist der, dass im Islam die Souveränität dem Schöpfer Allah gebührt und somit nur seine Gesetze absoluten Wahrheitsanspruch haben, hingegen in der Demokratie nach westlichem Muster das Volk Souveränität genießt. Diese bezieht sich in aller ersten Linie auf die Eigenschaft des Volkes als verfassungsgebende Gewalt, vermittels derer das Volk über die Staatsform und über andere Gesetze bestimmt. Zudem muss die Staatsgewalt nach dem Prinzip der Volkssouveränität durch das Volk in Wahlen und Abstimmungen legitimiert werden; alle Staatsgewalt muss vom Volk ausgehen. Das Volk könnte daher alles für zulässig oder für verboten erklären wofür sich die entsprechende Mehrheit findet (z.B auch eine ganze Gruppe von Menschen zu eliminieren - im Fall von Nazideutschland -, oder eine Gruppe von Menschen fundamentaler Menschenrechte zu berauben - wie im Fall von Guantanamo). Es sei erwähnt, dass die gewährten Rechte in einer Demokratie eben bei Bedarf wieder verweigert werden können, hingegen die gewährten Rechte im Islam absolut und unverletzlich sind, weil sie eben nicht von Menschen verliehen wurden. Sie sind vom Schöpfer an die Menschen verliehen und könne nur von Ihm wieder entzogen werden. Diese Summe an Regelungen (Koran, Sunna und deren Ableitungen) stellen im Islam die Scharia dar, und um gleich Missverständnissen vorzubeugen sei erwähnt dass: Ehrenmorde, Zwangsverhehlungen, Gewalttaten und Terroranschläge gemäß der Scharia verboten sind.

Atheistische Anmerkung: Der Autor setzt als selbstverständlich voraus: Der Islam ist eine nicht hinterfragbare göttliche Offenbarung, der Souverän ist Allah. So ähnlich sah das auch der österreichische Klerikalfaschismus, der seine Verfassung von 1934 so einleitete: *"Im Namen Gottes, des Allmächtigen, von dem alles Recht ausgeht, erhält das österreichische Volk für seinen christlichen, deutschen Bundesstaat auf ständischer Grundlage diese Verfassung."* Allerdings muss eingeschränkt werden, die Klerikalfaschisten konnten gar keine Wahlen abhalten, sie wagten es nicht einmal manipulierte Wahlen vorzubereiten, selbst die für den "Bundesstaat auf ständischer Grundlage" geplanten Ständevertretungen wurden nie gewählt: zu sehr waren die Menschen gegen dieses Regime und die Klerikalfaschisten wussten es!

Allerdings innerhalb einer Gemeinschaft, in der die Religion wirklich als die gemeinsame ideologische Grundlage wahrgenommen wird, könnten trotzdem demokratische Wahlen abgehalten werden - solange von keiner gesellschaftlichen Gruppe der Souverän "Allah" infrage gestellt wird. Nach westlichem Verständnis wäre es trotzdem keine Demokratie: die Religion dominierte den Staat.

Die Aussage, dass Ehrenmorde, Zwangsverhehlungen, Gewalttaten, Terror durch die Scharia verboten wären, ist eine kühne Behauptung: Genauso lassen sich aus diesen islamischen Schriften gegenteilige Auslegungen ableiten. Wie bei der Bibel, dort kann man ebenso das Gewicht auf verzeihende Feindesliebe wie auf verdammenden Feindeshass legen. Die Bibel ist allerdings ein Buch, das im aufgeklärten Europa kaum noch gesellschaftspolitische Wirkungen hat, der Koran "ist" jedoch absolute Wahrheit, die sich je nach Bedarf für die jeweiligen Zwecke als Absolutum interpretieren lässt.

Eine gewisse Relativierung ist jedoch angebracht. Zwar kann nach dem Muster der heutigen Demokratie alles zum Gesetz erhoben werden, aber es setzt sich in Europa immer mehr die Meinung durch dass fundamentale Rechte wie das Recht auf Leben oder Menschenwürde der Willkür des Volkswillens entzogen ist. Dass dies im konkreten Fall nicht mehr Wert sein kann als das Papier auf dem es steht, kann dahingestellt bleiben. Andererseits sind der Koran und die Sunna des Propheten unumstößlich, jedoch ihre heutige Anwendung ist auch nicht mehr Wert, als die Menschen aus dem Text herauslesen können oder wollen. Ich will den grundlegenden Unterschied in der theoretischen Begründung in zwischen Islam und Demokratie nicht schmälern, jedoch hinweisen, dass er so absolut, wie ihn manche Orthodoxe sehen möchten, nicht ist.

Der Schöpfer Allah hat im Koran nur sehr allgemeine Bestimmungen bezüglich der Regierungsform getroffen. Wenn man sich vergegenwärtigt, dass der Islam als die letzte Offenbarung Gottes absoluten Wahrheitsanspruch verkörpert, dann sind die nur sehr allgemein gehaltenen Regelungen bezüglich möglicher Regierungsformen verständlich. Genauere Informationen bezüglich des demokratischen Prinzips im Islamischen System, sind zu finden in der Abhandlung vom verstorbenen Präsidenten Bosnien und Herzegowinas Alija Izetbegovic und im Buch von Dr. Jasmin Pacic, Islamische Staatsführung.

Atheistische Anmerkung: Das Grundproblem des Islam wird hier angesprochen. Es gibt zwar verschiedene islamische Formen, Sunniten und Schiiten sind die bekanntesten, aber Koran und die Sunna des Propheten sind unumstößlich. Womit der obige Satz klar bestätigt wird: die Religion dominiert den Staat. Ein demokratisches Recht auf Religionsfreiheit könnte es zwar trotzdem geben, aber keinesfalls eine Trennung von Staat und Religion, weil sich das staatliche Recht unabdingbar nach dem muslimischen Recht richten müsste. Wobei dem vorliegenden Text nicht zu entnehmen ist, wer für die islamischen Schriften die Interpretationshoheit hat.

Oben deutet Asim Bojadz Interpretationsmöglichkeiten an und es gibt sie natürlich. Islamschriften könnten auch zeitgemäßer gedeutet werden. Sowie im Judentum heute niemand mehr gesteinigt wird, der am Sabbat arbeitet, und im Christentum Ketzer nicht mehr auf den Scheiterhaufen kommen. So etwas war früher unter der Dominanz

der Religion quasi gesellschaftliches Recht gewesen. Im Judentum gab es ursprünglich 613 Vorschriften, die ähnlich wie die islamische Scharia nicht nur religiöse Anleitungen enthielten, sondern auch die Bereiche regelten, die heute im Strafgesetzbuch und im Bürgerlichen Gesetzbuch stehen. Im Christentum hat es solche Vorschriften in diesem Ausmaß nicht gegeben, das Familienrecht war z.B. kirchlich, jedoch das Strafrecht oder Handelsrecht stand nicht unmittelbar unter religiösen Vorschriften: was vielleicht die Entwicklung in Richtung bürgerlichen Rechtsstaat erleichterte. Aber wo im islamischen Kernbereich sind diesbezügliche Entwicklungen wahrnehmbar?

Die Wahlen:

In der Islamischen Geschichte haben bereits vor 1400 Jahren Wahlen stattgefunden. Unmittelbar nach dem Tod des Propheten haben die Prophetengefährten Wahlen abgehalten um seinen Nachfolger zu bestimmen. Die Prophetengefährten waren angesehene Männer die im Sinne einer Rätedemokratie für ihre Sippe/Familie oder ihren Stamm stellvertretend waren. Die Zustimmung ihrerseits war auch die Zustimmung ihres Stammes, da sie diejenigen waren die dem Stamm repräsentierten und die auch über den größten Rückhalt in der Sippe/Stamm verfügten. Daher dient der Vergleich einer Repräsentativdemokratie im Sinne von Wahlmännern nach amerikanischem Muster hier am besten zur Veranschaulichung der damaligen Umstände. Obwohl der Prophet nicht unerwartet und plötzlich starb, hat er selbst keinen Nachfolger bestimmt. Dieses Indiz deutet darauf hin, dass der Prophet diese Entscheidung bewusst dem Einvernehmen der Gefährten überlassen wollte. Hätte der Prophet einen Nachfolger bestimmt, hätte man diesen Umstand, als Sunna verstanden und als Pflicht übernommen. Da dies jedoch nicht der Fall war, darf im Islamischen System ein Regierungsnachfolger, gemäß der Sunna und dem Koran nicht vom Vorgänger eingesetzt werden. Umso weniger darf der Regierungsnachfolger allein wegen seiner Abstammung oder Zugehörigkeit zur einer sozialen oder politischen Gruppe das Amt antreten. Dies ist bedauerlicherweise heutzutage in fast allen Ländern mit islamischer Bevölkerungsmehrheit der Fall. Ausnahme sind unter anderen (Bosnien, Türkei, Indonesien, Jemen usw.)

Allah sagt im Koran:

„7:181 Unter Unseren Geschöpfen gibt es eine Gemeinschaft, die aus Wahrheitsliebe zur Wahrheit leitet und der Wahrheit entsprechend urteilt.“

„3:110 Ihr seid die beste Gemeinschaft, die unter den Menschen hervorgebracht worden ist, sofern ihr das Recht-mäßige gebietet, das Unrechtmäßige untersagt und an Gott glaubt.“

Aus diesen Koranversen geht hervor, dass die Menschen als ein Gemeinwesen organisiert handeln sollen. Allah spricht hier die Menschen nicht als Einzelne, sondern als ein Gemeinwesen an. Das indiziert, dass die Menschen in Mehrheitsentscheidungen wie auch immer diese ausgestaltet werden sollen, agieren sollen. Der Ausspruch des Propheten, dass „...meine Gemeinschaft niemals in einem Irrtum Übereinstimmung erzielen wird...“ verdeutlicht, dass der Mensch der Bezugspunkt politischer Legitimation ist. Ebenso, dass einstimmige Entscheidungen der Gemeinschaft der Gläubigen keine falschen sein werden, somit dass die einstimmige Mehrheitsentscheidung⁴ die richtige Wahlform ist. Die Tatsache, dass die vier rechtgeleiteten Kalifen durch Konsens der Gefährten ermittelt wurden beweist dass, Mehrheitsentscheidungen meist besser sind als solche, die in Oligarchien oder Monarchien gefällt werden. Ein weiterer zentraler Grundsatz des islamischen Staatsrechts, sowie der islamischen Lebensweise überhaupt, aus dem man die Pflicht zum politischen Engagement ableiten kann, ist das Prinzip der gegenseitigen Konsultation: „[...] und deren Handlungsweise eine Sache gegenseitiger Beratung ist [...].“(Koran 42:38)

Ebenfalls weist Allah sogar den Propheten an, sich mit seinen Gefährten zu beratschlagen: „und ziehe sie in der Sache zu Rate“ (Koran 3:159). Wenn der Schöpfer sogar den Propheten Mohammed anweist, sich mit den Gefährten zu beraten, dann trifft diese Pflicht umso mehr auf andere Entscheidungsträger wie beispielsweise den Kalifen oder andere Entscheidungsträger.

Man kann also sagen, dass das Erfordernis von Wahlen im Islam ebenso begründet ist wie in den gegenwärtigen westlichen Regierungsformen. Auch Alija Izetbegovic schreibt in seiner Abhandlung über die islamische Ordnung: „In der Geschichte der ersten und bislang einzigen authentischen islamischen Ordnung – in der Periode der ersten vier rechtgeleiteten Kalifen – können wir deutlich drei wesentliche Aspekte des republikanischen Prinzips der Macht erkennen: 1. Wahl des Staatsoberhauptes, 2. Verantwortlichkeit des Staatsoberhauptes gegenüber dem Volk, 3. Verpflichtung zu gemeinschaftlicher Beschlussfassungen in öffentlichen und gesellschaftlichen Fragen... In diesem Sinn ist die islamische Ordnung eine Synthese der Absoluten Autorität (in Bezug auf das Programm) und der absoluten Demokratie (in Bezug auf die Persönlichkeit)“.

Auch Dr. Jasmin Pacic kommt in seinem Buch zu folgendem Ergebnis; Versteht man unter Demokratie, dass die Verantwortung für den Staat beim Volk liegt, dass die Interessen des Volkes gewahrt und sichergestellt werden, dass die Freiheit und die Rechte der Bevölkerung gesichert sind und dass alle vor dem Gesetz gleich sind, so ist diese Art der Demokratie in einem islamischen Staat sicherlich verwirklicht. Verbindet man mit Demokratie allerdings die Vorstellung, dass der Wille des Volkes in der Form des Mehrheitsbeschlusses der Repräsentanten des Volkes (Parlament) jedenfalls verbindlich ist, unabhängig davon, welchen Inhalt er aufweist, so kann dies nicht mit dem beschriebenen Staatskonzept in Einklang gebracht werden.“

⁴ Formulierungsfehler? Denn was eine "einstimmige Mehrheitsentscheidung" als "richtige Wahlform" sein soll, ist nicht nachvollziehbar, "einstimmige Entscheidungen" sind solche ohne Alternative oder erzwungene Einheitsentscheidungen.

Atheistische Anmerkung: Auch die katholische Kirche könnte sagen, der Papst wird von Wahlmännern gewählt, daher sei die katholische Kirche ein bisschen demokratisch. Auch die Wahl des deutschen Kaisers durch die Kurfürsten war in diesem Sinne ein bisschen demokratisch. Die Wahl von Mohammeds Nachfolger hat jedenfalls eine gewisse Ähnlichkeit mit einer Papst- oder Kaiserwahl, in beiden Fällen werden die Wahlmänner nicht gewählt. So eine Wahl dann mit der Wahl des US-Präsidenten durch gewählte Wahlmänner zu vergleichen, ist schon einigermaßen grotesk.

Der Verweis auf laut Koran vorgesehene Beratungen soll sozusagen den Islam als nichtdespotisch definieren: keine einsamen Entscheidungen, sondern Beratungen. Wie im Politbüro oder im Firmenvorstand? Im Koran steht jedoch offenbar nirgendwo, dass die Gläubigen (die Völker) selber ihre Vertreter erwählen sollen. Was auch eine Überraschung wäre, damals gab es nur autoritäre Herrscher, wodurch hätte Mohammed auf demokratische Wahlen kommen können? Und Allah hat solche auch nicht verordnet: Bekanntlich sind Götter kulturell immer gleichweit mit ihren Entwicklern. Der alte Jehova wölbte das Firmament über die Erdscheibe, die alten Germanen hatten einen naturgeisterlichen Donnergott, Scientology ist hingegen neuzeitlicher und darum Planet-of-the-apes-nahe.

2. Menschenrechte:

In der Abschiedspredigt ermahnt der Prophet Mohammed: „Ihr Leute, wahrlich euer Blut, euer Eigentum und eure Ehre sind unantastbar, bis Ihr euerem Herrn gegenübersteht“. Diese Rechte korrespondieren den heutigen Menschenrechten nach der EMRK und zwar; dem Recht auf Leben, körperliche Unversehrtheit, Eigentum, Verbot der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung. Überdies sind nach Islamischen Recht folgende Menschenrechte gewährleistet:

Das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz, ein gerechtes Verfahren und rechtliches Gehör, Schutz der Privatsphäre, der persönlichen Freiheit und der eigenen Wohnung, Schutz vor ungerechtfertigter Verfolgung und Willkür, Glaubens- und Gewissensfreiheit und Freiheit der Meinungsäußerung, Protest und Auflehnung gegen Unterdrückung, freie Wohnsitzwahl, Familiengründung, Schutz der Abstammung, die Bildung von Vereinen und die Organisation und Abhaltung von Versammlungen, Zuflucht vor Ungerechtigkeit, Erleichterung in Härtefällen, freie Bewegung und Aufenthalt, soziale Gerechtigkeit.

Sollte ein Staatssystem den Anspruch erheben islamisch zu sein, muss es überdies den Grundsatz der Gerechtigkeit entsprechen. Allah sagt im Koran: „Gott leitet die, die unrecht tun, nicht zum rechten Weg (Koran 2:258); .. richtest du aber, so richte zwischen ihnen nach Gerechtigkeit. Wahrlich, Allah liebt die Gerechten“. (Koran 5:42); „Den Ungerechten ist gewiss kein Erfolg beschieden“. (Koran 6:21).

Oberstes Ziel ist das Gemeinwohl und die Gerechtigkeit, es geht darum das Gute zu gebieten und zu fördern, das Übel hingegen zu verbieten.

„Allah befiehlt euch, die anvertrauten Güter ihren Eigentümern zurückzugeben; und wenn ihr zwischen Menschen richtet, nach Gerechtigkeit zu richten. Wahrlich, billig ist wozu Allah euch ermahnt. Allah ist allhörend, allsehend.“ (Koran 4/58).

„Jenen, die, wenn wir ihnen auf Erden die Oberhand gegeben haben, das Gebet verrichten und die Armensteuer (Zakat) entrichten und Gutes Gebieten und Übles verbieten (steht Allah bei) und Allah bestimmt den Ausgang aller Dinge.“ (Koran 22/41).

Somit übertrifft das Islamische System die heutigen westlichen Systeme was die Frage der Gerechtigkeit angeht, da es zwischen einem Rechtsstaat und einem Unrechtsstaat (denn auch z.B. Nazideutschland war ein Rechtsstaat) deutlich unterscheidet. Die auf die reine Rechtslehre aufbauenden politischen Systeme des Westens sind zu indifferent, können dogmatisch die Problematik der Ungerechtigkeit nicht beseitigen und werden ständig von der Gefahr Ungerechtigkeiten hervorzubringen bedroht.

Atheistische Anmerkung: Die im Islam gewährleisteten Rechte sind also den Europäischen Menschenrechten gleich? Im Iran? Oder ist eine fiktive Islamrepublik gemeint, sozusagen eine Islam-Utopie? Das ließe sich jedoch schlecht mit der Realität vergleichen. Und dass in einer Religion der Aufruf stünde "seid ungerecht", ist wohl bisher nirgendwo vorgekommen. Jedwede Ideologie gibt sich selber ein positives Bild, niemand wird sich so darstellen wie seinerzeit der "Club der Bösen Buben" in den Ede Wolf Geschichten im Micky Maus Heft.

Außerdem: "Allah bestimmt den Ausgang aller Dinge", was soll da noch passieren? Wie die "Frage der Gerechtigkeit" im islamischen System den Westen mit seiner "Reinen Rechtslehre"⁵ übertrifft, sieht man ja beispielsweise an der gerechten Verteilung von Armut und Reichtum in Saudi Arabien, die ist im Islamfeudalismus auch nicht anders als im Kapitalismus. Oder ist das "Islamische System" eben bloße realitätsferne Theorie?

Gewaltenteilung

Im islamischen Regierungssystem bezieht der Kalif seine Regierungslegitimität von Allah, der durch die Wahlberechtigten (Ummah) repräsentiert wird. Es gibt verschiedene Vorschläge und Ansätze wie die tatsächliche Ausgestaltung im Einzelnen aussehen soll. Hier sei nur die mir zuträglichste erwähnt.

⁵ Wikipedia: Die *Reine Rechtslehre* ist eine von dem österreichischen Rechtswissenschaftler Hans Kelsen (1881-1973) entwickelte Variante des Rechtspositivismus. Nur positives Recht kann der *Reinen Rechtslehre* zufolge als Recht gelten. Ziel ist, die wissenschaftliche Beschreibung des Rechts von den ihr fremden Beimengungen u.a. soziologischer, psychologischer, biologischer, religiöser, ethischer und politischer Art zu scheiden. Die *Reine Rechtslehre* vertritt das Postulat der Trennung zwischen der Sphäre des Seins, d.h. Sätzen über Faktisches, und des Sollens, d.h. Sätzen über Normatives.

Im Sinne einer „Präsidenschaftsrepublik“ soll der Kalif (Ministerpräsident) den Islamischen Staat nicht nur nach Außen repräsentiert, sondern bei ihm liegt auch das Schwergewicht bei der Regierungstätigkeit. Im Westen finden sich vergleichbare Funktionen beim amerikanischen oder französischen Präsidenten. Die Gewaltenteilung im islamischen System ist dadurch gewährleistet, dass der Kalif (Präsident) bei groben unentschuldigtem Schariaverletzungen und im Fall der Unfähigkeit zu regieren, nach der Initiative seitens derjenigen die Ihm zum Kalifen gewählt haben (Volk oder Repräsentanten) und nach der Überprüfung der Vorwürfe durch das Oberste Gericht (Mazalim Gericht), abgesetzt werden kann. Ebenso sind die Gerichte in ihren Entscheidungen gegenüber der Exekutive und dem Kalifen unabhängig und nur an die Scharia gebunden. Somit besteht ein Gleichgewicht zwischen Gerichtsbarkeit, Volksvertretung und Kalifen (Exekutive), vergleichbar einer Gewaltenteilung in ihrer heutigen Ausgestaltung im Westen.

Atheistische Anmerkung: Ummah ist die Bezeichnung der Gemeinschaft der Gläubigen, hat aber auch die Bedeutung von "Nation". Ein Kalif wird also von der Ummah gewählt, Nichtmuslime gehören der Ummah nicht an, also würden bei einer theoretischen Wahl eines Kalifen in Ägypten beispielsweise die koptischen Christen etc. nicht wählen dürfen. Ein US-Präsident kann zwar fallweise ein Trottel sein und dazu noch ein wiedergeborener Christ, aber für oder gegen ihn dürfen alle stimmen, nicht nur Trotteln oder wiedergeborene Christen.

Rechtsstaatsprinzip:

Das Rechtsstaatliche Prinzip ist in einem Islamischen Staatssystem absolut verwirklicht. Ein islamischer Staat darf nur aufgrund der Gesetze regiert werden und bestimmt, dass alle Bürger im Rahmen der Scharia vor dem Gesetz gleich sind. Islamischer Staat ist somit eine Nomokratie (von griechisch nomos das Gesetz und kratos die Macht, Herrschaft). Die Scharia gebietet die Ausübung von Herrschaft nach einem Regelsystem, das dem Zugriff der Herrschenden weitgehend entzogen ist. Somit darf sich keiner über das Gesetz hinwegsetzen, auch nicht der Kalif. Der Islamische Staat ist jedoch ein von Menschenhand geführter und kein göttlicher Staat, im Sinne einer Theokratie. Die Theokratie beruht auf dem Gedanken der Herrschaft von Gottes Gnaden. Die Herrschaft im islamischen Staat wird jedoch nach dem schon bestehenden Gesetz, der Scharia, durchgeführt. Es werden keine göttlichen Rechtsnormen erlassen, es gilt nur das göttliche Recht zu interpretieren, wobei die Herrschenden nicht als unfehlbar gelten. Der Islamische Staat ist aber insofern theokratisch als der Koran und die Sunna seine Verfassung sind, jedoch von Theokratie im Sinne eines Vatikan streng zu trennen, da es keine religiöse Hierarchie gibt, und auch sonst keine Unterschiede unter den Menschen herrschen, mit Ausnahme ihrer Gottesfurcht. Erwähnen möchte ich hier einen passenden und interessanten Brief von Jean-Jacques Rousseau:

In einem Brief vom 26. Juli 1767 stellt Jean-Jacques Rousseau dem Marquis von Mirabeau die Despotie unausweichlich vor Augen: Die Hauptschwierigkeit der Politik, schreibt er, die der Quadratur des Kreises gleiche, bestehe darin, >eine Regierungsform zu finden, die das Gesetz über den Menschen stellt<. In diesem Sinne ist eine Nomokratie die beste Regierungsform weil sie den Herrschenden keine unzulässige Vorteile einräumt.

Atheistische Anmerkung: Das rechtsstaatliche Prinzip im Islam besteht also im Rahmen der Scharia. Wenn in der Scharia irgendwas verboten ist, unter Strafe steht, vorgeschrieben wird, dann ist das automatisch, aus sich heraus Bestandteil des islamischen Rechtsstaates. Natürlich würde auch ein Islamischer Staat durch Menschen geführt, wie soll er sonst geführt werden? Dass der Erzengel Gabriel⁶ erscheint und die göttlichen Beschlüsse mitteilt? Der Unterschied gegenüber Herrschern von "Gottes Gnaden" liegt darin, dass islamische Herrscher auf die Scharia angewiesen sind. Die europäischen Herrscher von "Gottes Gnaden" waren nicht automatisch allmächtig - sie standen je nach den Zeitläuften und Ländern über, unter oder neben der jeweiligen Kirche, Staatsverfassungen hat es fallweise/zeitweise trotzdem gegeben, die Bibel war nicht die Verfassung des feudalen Staatswesens.

Sich auf Rousseau zu berufen, ist grotesk. Der hatte mit seinem Verweis auf die "Nomokratie"⁷ den Rechtsstaat im Auge und nicht ein unveränderbares Gottesgesetz. Freilich räumt Bojadz ein (siehe Seite 2), dass Koran und Sunna des Propheten zwar unumstößlich seien, jedoch ihre heutige Anwendung auch nicht mehr Wert habe, als die Menschen aus dem Text herauslesen können oder wollen, aber er versäumt es, zu definieren: wer liest heraus? Der "Oberste Wächterrat" wie im Iran? Oder ein Koranleserparlament? Oder der nächste Prophet? Wer liest heraus, ob beispielsweise Ehebrecherinnen gesteinigt, Glaubensabtrünnige oder Homosexuelle aufgehängt werden müssen oder doch nicht?

Nach den Ausführungen stellt sich berechtigterweise die Frage, warum sich in den Islamischen Ländern keine Demokratien entwickelt haben? Hierzu gibt es mehrere Theorien. Kadir Yildirim führt in seinem Artikel über den Islam und die Demokratie zwei Theorien an:

⁶ In den Mohammed-Erzählungen heißt es, um 610 sei diesem auf dem Berg Hira bei Mekka der Erzengel Gabriel (arab. "Dschibril") erschienen und habe begonnen, ihm die islamische Offenbarung zu diktieren.

⁷ Wikipedia: Nomokratie (Gesetzesherrschaft), staatliche Herrschaft auf der Grundlage von und in Übereinstimmung mit geschriebenem Recht. Der Begriff entstand im 18. Jh. in Anlehnung an die antike Lehre der Herrschaftsformen. Nomokratie ist keine (bestimmte) Staats- und Regierungsform, sondern geht aus von einem Grundgedanken, der auf verschiedene Weise realisiert werden kann: dass Gesetze und nicht Menschen über Menschen herrschen sollten. Konkreter fassbar wird das rechtsstaatliche Prinzip in dem sich im 19. Jh. herausbildenden Gedanken, dass keine Behörde ohne gesetzliche Ermächtigung handeln darf. Das Prinzip einer rigorosen Nomokratie - vertreten u.a. von Kant : „Wider das gesetzgebende Oberhaupt des Staats gibt es also keinen rechtmäßigen Widerstand des Volks; denn nur durch Unterwerfung unter seinen allgemein-gesetzgebenden Willen ist ein rechtlicher Zustand möglich.“ Nomokratie birgt die Gefahr einer Identifikation von Legalität und Legitimität und damit die Tendenz, einen rein formalen Legalismus gegen jegliche Willensbildungsprozesse im Volk abzuschließen. So wurde N. häufig mit der eigentlich entgegengesetzten Herrschaftsform der Autokratie vereinigt. Seit dem 19. Jh. wurde der Begriff Nomokratie verdrängt durch den Begriff Rechtsstaat.

➤ **Modernisierungstheorie.** Sie weist der ökonomischen Entwicklung eine alles entscheidende Rolle zu und versichert, dass für jenen Modernisierungsprozess, der den Übergang von traditionellen zu modernen Lebensformen markiert, Erziehung und Bildung, soziale Mobilität, Urbanisierung und Kommunikation von zentraler Bedeutung sind. Ein solcher Modernisierungsprozess bringt neue gesellschaftliche Gruppen hervor, z.B. städtische Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder. Diese Gruppen haben unterschiedliche Bedürfnisse und Forderungen an das politische System, die sich von denen der alten, sozialen Schichten beträchtlich unterscheiden. Das politische System heute orientiert sich ganz an den Bedürfnissen der neu entstandenen sozialen Gruppen. Um diese Bedürfnisse seiner nun mündig werdenden Bürger erfüllen zu können, nimmt das politische System eine immer offenere und demokratische Form an.

➤ Eine andere Erklärung liefert der Begriff des **Ressourcenfluchs**, der in den 1990er Jahren geprägt wurde. Mit ihm sollen Probleme auf den Punkt gebracht werden, die speziell in Ländern mit enormen Bodenschätzen auftreten. Im Gegensatz zum Rest der Welt ging der Trend im Nahen Osten lange Zeit hin zu Rentier-Staaten, das heißt zu Staaten, die von den Einkünften aus ihren reichlich vorhandenen natürlichen Ressourcen leben. In dieser Weltregion ist der Staat oft nicht davon abhängig, dass seine Bürger Einkünfte erzielen und Steuern zahlen. Der Staat und zu weiten Teilen die herrschende Elite leben vom Verkauf von Bodenschätzen auf den Weltmärkten. In einer Analyse der Staatenbildung im Nahen Osten untersucht Lisa Anderson das (fehlende) demokratische Verantwortungsbewusstsein der herrschenden Elite und die politische Rolle, die diese Elite spielt. Sie gelangt zu dem Ergebnis, dass die Verteilung der Einkünfte aus dem Verkauf von Bodenschätzen den Staat in eine komfortable Position bringt. Er werde unabhängig von der Gesellschaft, weil er die Bevölkerung durch diese Verteilung ruhigzustellen vermag, anstatt Steuern eintreiben und alle gesellschaftlichen Strömungen repräsentieren zu müssen. Die Tatsache, dass der Staat nicht abhängig von der Gesellschaft ist, führe dazu, dass es den entsprechenden Ländern an einem demokratischen Bewusstsein gegenüber ihren Bürgern mangelt. Das Grundprinzip des verteilenden Staates bestehe darin, dass jeder in der Gesellschaft einen nicht geringen Anteil an den Einkünften des Staates erhält. Das Ergebnis sei ein autoritäres politisches System, das über keinen inneren Mechanismus verfügt, der einer demokratischen Entwicklung Vorschub leisten würde.“

Atheistische Anmerkung: Die Modernisierung der Welt ist eine der ökonomischen Entwicklung, also nichts Ideologisches, sondern Technisches und Wirtschaftliches. Mohammed konnte dazu nichts sagen, weil er darüber nichts wissen und auch seinen Gott Allah darüber nichts wissen lassen konnte. Jesus hat ja auch nicht über Mountainbikes, DVD-Recorder, Internetverbindungen oder Spekulationsblasen gepredigt. Die bürgerliche Gesellschaft musste rechtssicher organisiert sein, um die stattgehabte Entwicklung möglich werden zu lassen. Ohne einen durchorganisierten Rechtsstaat wäre das so nicht möglich gewesen. Dass mit der Scharia dasselbe nicht möglich war, zeigte sich ja aus der faktischen Lage: die wohlhabenden islamischen Staaten leben vom Erdöl, die anderen geht es weniger gut, aber alle zusammen sind bisher nicht als Avantgarde der Entwicklung des Menschengeschlechtes in Erscheinung getreten.

Man kann in islamischen Ländern zwar inzwischen mit ausländischer Technik Wolkenkratzer bauen und Homepages einrichten, aber irgendwas Relevantes zum heutigen Stand von Wissenschaft und Technik beigetragen hat man dort seit Jahrhunderten nicht mehr. Das hatte Mohammed in seinen Plänen nicht vorgesehen, eine Relativierung der islamischen Ideologie oder gar eine Trennung von Staat und Religion hat sich nirgends⁸ entwickelt, das Gesetz Gottes schwebt über den Menschen und verbietet jede Hinterfragung.

In Europa hat die Entwicklung der bürgerlichen Wirtschaft auch den geistigen Aufstand gegen die religiöse Knechtung ermöglicht, der Kapitalismus griff über Gott hinaus: selber die Herren der Welt zu sein und sich nicht einem fiktiven Herrn unterordnen zu müssen, war ein wesentliches Element des gesellschaftlichen Überbaus. Was Asim Bojadz bisher geschrieben hat, zeigt, dass er die übliche nichtmaterielle Weltsicht hat: alles kommt von oben, dass die Basis des Lebens das Leben bestimmt, wird nicht wahrgenommen.

Meiner Ansicht nach sind andere Gründe entscheidend, oder ergänzen zumindest die oben genannten. Die Gebietung und Durchführung der Gerechtigkeit in der Scharia und daraus folgend der gesellschaftliche Friede, mögen der Grund dafür sein, warum sich in islamischen Ländern keine Demokratien nach westlichem Muster entwickelt haben. Denn eine der Hauptursachen für die Demokratie und somit Entscheidungsmacht der Mehrheit, ist doch der fehlende gesellschaftliche Friede in Europa gewesen. Als Beispiele seien die Religionskriege, der Machtkampf zwischen Klerus und Kaiser, das Feudale System und die Klassengesellschaft genannt. Man kam in Europa nicht zur Ruhe, und zwischen den entgegengesetzten Positionen von Adel und Volk, Katholiken und Protestanten, Arm und Reich, Kaiser und Papst usw. wusste man keinen anderen Ausweg, als die Aufhebung aller Religiösen und Gewohnheitsmäßigen und der Installierung der künstlichen Macht der Mehrheit.

Ebenfalls war die fehlende Trennung zwischen Religion und dem Staat im Sinne einer Säkularisierung und daraus folgend, mangelnde Notwendigkeit Regierungsformen neben dem bestehenden System zu suchen, um ein friedliches gesellschaftliches Leben zu ermöglichen, ein weiterer Grund für die fehlende Entwicklung von Demokratien nach westlichem Muster. Das Bedürfnis nach Demokratie entstand erst nach dem die beendete Kolonialisierung durch den Westen zerstörte islamische Gesellschaften zurückließ, mit Marionettenregierungen an der Spitze, die ihre eigenen Interessen und/oder die Interessen der Kolonialmächte sichern sollten. Diese Marionettenregierungen organisierten, zum größten Teil um das eigene Überleben zu sichern, die Unterdrückung der Bevölkerung. Durch

⁸ Die Trennung von Staat und Religion in der Türkei wurde von Kemal Atatürk in den 1920er- und 1930er-Jahren von oben verordnet, eine eigenständige innertürkische Bewältigung im Sinne der europäischen Aufklärung hat nicht stattgefunden.

meist unislamische Herrscher nahm der Zerfall der Islamischen Gesellschaft immer mehr zu, und es entstand ein Bild von einer Islamischen Gesellschaft, als unfähigem System zur Demokratie.

Dass bis zur Kolonialisierung und deren Ende, sowie bis zu den Verwüstungen des ersten und des zweiten Weltkrieges, die islamische Gesellschaft mit den ihr inhärenten demokratischen Institutionen das Auslangen fand, ist meiner Ansicht nach die Hauptursache für die fehlende Entwicklung von Demokratien nach westlichem Muster. Das islamische System verfügt über alle wesentlichen Bausteine einer Demokratie, wovon auch die unzähligen Freiheitskämpfer die in Gefängnissen nahöstlicher Diktaturen sitzen und lautstark Gerechtigkeit und Demokratie einfordern, ein Zeugnis abgeben. Europa und die USA sollten die Oligarchien, Diktaturen und Monarchien in nahen Osten und Nordafrika, wenn nicht schon sanktionieren, dann zumindest boykottieren und einer islamischen Erneuerung nicht im Wege stehen. Auf der einen Seite den Islam als demokratieunfähig abstempeln und auf der anderen mit Diktaturen a la Gaddafi, gute Geschäfte machen, sollte nicht Gewohnheit bleiben. Denn wie schon der Prophet Jesus sagte "alles was ihr wollt, dass euch die Menschen tun sollen, das tut auch ihr ihnen; denn das ist das Gesetz und die Propheten."

Atheistische Anmerkung: Der Autor hat nicht verstanden, dass es unterschiedliche Interessen gibt, er leitet seine Demokratie von einem einheitlichen muslimischen Gesetz ab, das zu einer einheitlichen demokratischen muslimischen Gemeinschaft führen müsste, die es anscheinend nach Ansicht des Autors in der vorkolonialistischen Zeit gegeben haben müsste oder könnte. Gab es aber nicht. Demokratie bedeutet eben gerade das, was er verneinen will: "Aufhebung alles Religiösen und Gewohnheitsmäßigen und der Installierung der künstlichen Macht der Mehrheit", Religiöses und Gewohnheitsmäßiges ist nichts Höheres und nichts Ewiges. Demokratie bedeutet die Möglichkeit der Veränderung, Anpassung, Modifizierung, Demokratie ist ein Element des Überbaues, ein Weg des Tuns in der menschlichen Evolution, den eben diese Evolution hervorgebracht hat. Die oben dargestellte Islamdemokratie steht festgemauert in mittelalterlicher Erde und damit unbeweglich auf einer morschen Basis.

Die europäische Aufklärung liegt evolutionär vorne, denn sie hat keine absoluten, sondern relative Wahrheiten. Eine fiktive Islamdemokratie ist keine Alternative zum aufgeklärten Westen, sie bringt auch nicht das, was die Rebellen im Nahen Osten ersehnen von der Zukunft Fernen, Allah ist absolute Wahrheit, aber das Internet hat er nicht erfunden. Eine islamische Erneuerung bringt nichts Neues, sondern - wie man etwa im Irak nach dem Sturz von Saddam Hussein gesehen hat - die Wiederkehr der vollreligiösen Vergangenheit. Um die gesellschaftliche Situation in diesen Staaten in die moderne Zeit zu bringen, bedarf es des Zweifels. Des Zweifels an despotischen und göttlichen Wahrheiten, des Zweifels am Souverän im Staatspalast und am Souverän Allah, des Zweifels, dass die Religion das Leben bestimmen muss, die Möglichkeit, ohne Religion leben zu dürfen. Die größte Errungenschaft der europäischen Aufklärung war die Privatisierung der Religion. Wer glauben will, soll glauben, wer es nicht tut, darf das sanktionsfrei machen. In der vorliegenden Gegenüberstellung *Islam und Demokratie* findet diese Möglichkeit nicht einmal ansatzweise eine Erwähnung.

Der katholische Papst verurteilt alle paar Wochen den Relativismus und versucht seine absolute göttliche Wahrheit zu verkünden. Diese absolute Wahrheit hat sich oft geändert und vor allem längst ihre weltliche Macht verloren. Seit in Spanien der letzte klerikalfaschistische Diktator Franco 1975 gestorben ist, gibt's keine Möglichkeit mehr, katholische Wahrheiten außerhalb des Vatikan zwangsweise durchzusetzen. Im islamischen Bereich sind wir weit davon entfernt. Staat und Religion sind in islamischen Gemeinschaften eine Einheit, die Aufstände im Nahen Osten sind keine muslimische Aufstände, sondern Aufstände gegen herrschende Zustände. Allah ist dafür nicht zuständig, weder als Ursache, noch als Lösung.

Erwin Peterseil